

# Der Zertil-Arbeiter

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin D22, Magasin-  
straße 6/7 II - Fernspr.: Köpenick 1076 - Postfach-  
konto Berlin 5386 - Die Zeitung erscheint jeden Freitag

Verzinsung seit 1.1.1921 - Verzinst alle

Abnehmer die freigelegte Kistenliste 15 Mark  
Abnehmer und Verbandsmitglieder an Otto Schma, Berlin D22,  
Magasinstraße 6/7 II, zu richten - Bezug nur durch die Post  
Preis vierteljährlich 9 Mark und Bestellgeld

Organ des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes

**Inhalt:** Inhaltsverzeichnis für 1921. - Leipzig. - Der Aus-  
scheidung im mittelschlesischen Industriegebiet. -  
Arbeiterbewegung und Wohlfahrtspflege. - Mehr Regsamkeit!  
- Zum Gesundheitszustand der arbeitenden Bevölkerung. (Schluß.)  
- Internationale Konferenz der Textilarbeiter. - Eifriger Kongress  
der Gewerkschaften Deutschlands. - „Nabel und Schere.“ - Die  
Zweifelhaftigkeit in der Tagespresse. - Aus der Textilindustrie.  
- Für die Betriebsräte. - Vermischtes. - Berichte aus Fach-  
kreisen. - Bekanntmachungen. - Anzeige. - Unterhaltungs-  
teil: Wie schützen wir uns in Haus und Beruf vor ansteckenden  
Krankheiten? - Briefkasten.

## Inhaltsverzeichnis für 1921.

Mit dieser Nummer kommt das Inhaltsverzeichnis für den  
Jahrgang 1921 zum Versand. Die Empfänger der Zeitungs-  
sendungen wollen bei Öffnung dieser auf die beigegebenen  
Inhaltsverzeichnisse achten. Die Expedition.

### Leipzig.

Der Parteitag der U. S. P. D., der in Leipzig stattfand,  
wand wohl im Mittelpunkt der politischen Ereignisse dieser  
Lage und hat die Aufmerksamkeit des gesamten Klassen-  
bewußten Proletariats auf sich gelenkt. Die stärkste inter-  
nationale Vertretung, die sich auf diesem Parteitage zeigte,  
ließ erkennen, welche großen Hoffnungen das internationale  
Proletariat auf das Wirken der U. S. P. D. setzt. Was  
diesem Parteitag zu einem weltgeschichtlichen Ereignis werden  
ließ, war zweifellos die Frage der Einigung des politischen  
Teils der Arbeiterbewegung, die dort innerhalb der Ver-  
handlungen einen breiten Raum eingenommen hat und dem  
Parteitag sein Gepräge gab. Die politische Zerrissenheit hat  
der Arbeiterschaft tiefe Wunden geschlagen und läßt den  
Schmerz nach Einigung nicht mehr verstummen. Dieses  
Drängen nach Einigung ist ein Ergebnis der politischen Ent-  
wicklungen der letzten Jahre. Die November-Revolution  
hatte der Arbeiterschaft die politische Macht in den Schoß  
geworfen. Infolge der Zerrissenheit der Arbeiterschaft war  
es derselben nicht möglich, dieselbe auszunutzen. Seitdem hat  
das Bürgertum sich längst dieser politischen Macht wieder be-  
mächtigt. Die Arbeiterschaft hat heute alle Hände voll zu  
tun, um die letzten Reste der revolutionären Errungen-  
schaften zu verteidigen.

Wäre die Arbeiterschaft einig gewesen, ein Nostris-Kurs,  
der die Reaktion am stärksten gefördert hat, wäre nicht mög-  
lich gewesen.

Wir begreifen es deshalb mit hoher Genug-  
tunung, daß der Leipziger Parteitag der  
U. S. P. D. ein starkes Bekenntnis für die  
Einigung des Proletariats abgelegt hat.  
Mag man sich daneben über Koalitionspolitik, über Form  
und Mittel zur Einigung nicht ganz einig sein, so spielt dies  
bei der Bedeutung dieser wichtigen Frage nur eine unter-  
geordnete Rolle. Die Notwendigkeit der Einigung wird alle  
Rebenfragen beiseite schieben und die Massen auf dem  
Boden des Kampfes zusammenführen. Der gemeinsame  
Kampf wird den Boden für die völlige Einigung - auch die  
organisatorische - vorbereiten. Die Erkenntnis der  
Notwendigkeit der Einigung, die auf  
diesem Parteitag so starken Ausdruck fand,  
ist ein weithin leuchtendes Signal.

Hatte Görlich durch die Art der Kritik, wie sie einige  
Redner dazu übten, sowie auch die in Görlich geleistete Ar-  
beit, die Wege, die zur Einigung des Proletariats führten,  
verschüttet, so hat Leipzig erneut den Weg für die Einigung  
freigelegt.

Daß Görlich der Frage der Einigung des Proletariats  
große Schwierigkeiten bereitet hat, das haben einflussreiche  
Partei-schriftsteller der Rechtssozialisten in besonders herber

Kritik über den Görlicher Parteitagbeschlus bestätigt. So  
hat unter anderen Hermann Wendel in der „Glocke“,  
Nr. 28, in einem Artikel „Der Irrtum von Görlich“  
folgende Worte der Kritik angeführt: „Leider hat die Mehr-  
heit des Parteitages aus dieser unansehnlichen Tatsache  
nicht die Folgerung gezogen und keineswegs ihre ganze  
Politik auf eine Einigung mit den Unabhängigen eingestellt.  
Ganz im Gegenteil trommelte nicht nur mancher über-  
sprudelnde Redner, der sich auf dem Gebiet der „politischen  
Dummheiten“ zunächst einmal an der eigenen Nase zupfen  
sollte, auf den Unabhängigen herum, ganz, als ob einzig  
und allein sie die Schuld an der unglückseligen Zerreißung  
der Arbeiterklasse trügen und die Kriegspolitik der Sozial-  
demokratie ohne Fehl strahlte, sondern mit der eifertigen  
Annahme eines eifertig zusammengefügten Programms  
wurde darüber hinaus noch eine Schranke gegen Links auf-  
gerichtet. Ob dem neuen Programm mancherlei sichtbare  
Vorzüge im Vergleich zu dem so ruhmlos verscharren Ent-  
wurf des Parteivorstandes eignen, ob seine ebenso sichtbaren  
Mängel der sachlich abwägenden Kritik zuerst in die Augen  
springen, auf jeden Fall war es nicht vonnöten, überhaupt  
das Programm heuer unter Dach und Fach zu bringen, nach-  
dem sich die Parteigenossenchaft mit der Vertagung der  
Frage gut und gerne abgefunden hatte...“

An einer anderen Stelle sagt Wendel: „Wie sehr man sich  
eben auch bemüht, in die Gedankengänge der 290 sachlich  
würdigend einzudringen, am Ende bleibt doch nur ein rat-  
loses Kopfschütteln übrig. Denn wie stellen sie sich eine rück-  
sichtslose Heranziehung des Besitzes zu den Erfüllungslasten  
mit der Partei des Besitzes vor? Wie eine Politik über  
Völkerverständigung mit der Partei der Revanche? Wie  
eine Demokratisierung der Verwaltung und des Heeres mit  
einer Partei, die auf „die alten Ideale der Autorität und  
Ordnung“ im vornehmlichen Sinne schwört? Und wer  
glaubt, daß sich die Deutsche Volkspartei einem neuen Putz  
von rechts fähig entgegenwirft, sofern er nur Erfolg ver-  
spricht? Welcher Phantast steht Herrn Stresemann wader  
gegen die monarchistischen Staatsstreicher marschieren, die  
Flinte in der Faust und auf den Lippen das Acht-  
undvierzigerlied:

Für Republik zu sterben  
Ist ein Los  
Sehr und groß,  
Ist das Ziel unsres Marhs!

Heinrich Strödel hat in derselben Nummer der „Glocke“  
einen Artikel unter der Stichmarke „Ein Parteitag  
der Ueberraschungen“ geschrieben, welchem wir fol-  
gende bemerkenswerte Stellen entnehmen wollen:

„Aber wer mit eigenen Augen sieht und mit schärferen  
Ohren hört, kann sich durch diese beschwichtigenden Ver-  
sicherungen nicht täuschen lassen, zumal in aller Parteige-  
schichte noch jede Preisgabe alter Grundsätze und alter  
taktischer Regeln genau so beschönigt wurde. Jedenfalls  
dachte noch unmittelbar vor Görlich die breite Masse der  
sozialdemokratischen Parteimitglieder ganz anders. Unter  
dem Klassenkampf verstand sie den Zusammenschluß der  
proletarischen Massen, den gemeinsamen Kampf aller  
sozialistischen Parteien gegen Reaktion und kapitalistisches  
Ausbeutertum. Sie verstand darunter ein Programm, das  
die Tatsache und Notwendigkeit dieses unüberbrückbaren,  
unverwundbaren Klassenkampfes klar und scharf begründete und  
durch nicht minder klar und scharf zu formulierende Wirt-  
schaftsfordernngen dem Klassenkampf Ziel und Wege wies.  
Und kann es für eine sozialdemokratische Partei positivere  
Arbeit und dringendere Aufgaben geben, als die Inangriff-  
nahme der Sozialisierung? Aber an die Sozialisierung  
dachten selbstmerweise die Parteigenossen gar nicht, die jene  
Lösung der praktischen Arbeit ausgaben. Alles, was mit  
der Sozialisierung zusammenhing, war für sie ein fernes  
Rebelland, das jenseits der sozialdemokratischen Betätigungs-

möglichkeit der Gegenwart lag. Die Sozialisierung war der  
Kommissionsmehrheit noch immer der „Zukunftstaat“, der  
sich ja in der Agitation als lodendes Fernziel wunderhübsch  
ausnimmt, mit dessen Problemen sich aber nächsterne Real-  
politiker nicht erst lange aufhalten. Wenn man ins Pro-  
gramm hineinschreibt, daß die Sozialdemokratie die „Gemein-  
wirtschaft“ und die Vergesellschaftung anstrebt, so ge-  
nügt das nach Meinung dieser „Praktiker“ vollauf. Ueber  
Mittel und Wege der Sozialisierung braucht man sich nicht  
erst lange den Kopf zu zerbrechen, denn eine Verwirklichung  
ernsthafter Sozialisierungspläne kommt ja für die nächste  
Zeit nicht in Betracht.“

Wir freuen uns deshalb als Gewerkschafter, daß der  
Parteitag in Leipzig nicht den Spuren von Görlich folgte,  
sondern praktische Arbeit im Sinne der Einigung des Pro-  
letariats leistete. Das Manifest, welches einmütig zur An-  
nahme gelangte, kann jeder Sozialist, mag er stehen wo er  
will, in seinen Grundgedanken unterschreiben. Es ist eine  
breite Plattform, auf welcher sich die Einigung vollziehen  
kann. Wenn hier und da die Meinungsverschiedenheiten  
nicht gänzlich überbrückt sind, wie z. B. in der Frage der Re-  
gierungscoalition, so ist dies von untergeordneter Bedeu-  
tung. Diese Fragen werden beiseite geschoben werden müssen,  
weil die Einigung viel notwendiger ist als alles andere.

Der Leipziger Parteitag hat gute Arbeit geleistet. Dem  
Parteitag des Irrtums von Görlich ist ein Parteitag der Er-  
kenntnis von Leipzig gefolgt.

Nicht nur Deutschland, sondern Europa sucht sich ein neues  
Wirtschafts- und Staatsfundament zu schaffen, auf welchem  
ein neues Leben der Völker möglich ist. Wir befinden  
uns in der Zeit des Werdens neuer Wirt-  
schaftsbedingungen. Neue gewaltige Probleme  
harren ihrer Lösung, welche nur im gigantischen  
Ringeln zwischen der aufstrebenden Arbeiterklasse und dem  
Bürgertum ihre Lösung finden können.

Kann da etwas näher liegen, als die Arbeiterschaft in  
einer geschlossenen Front zu vereinen, damit sie als Siegerin  
dieses Kampfes bestehen kann?

Nicht ferne Ziele sind es, die die Einigung erfordern, son-  
dern der Kampf der Gegenwart. Genosse Hilferding hatte  
recht, wenn er sagte, daß wir in der Frage der Einigung der  
Stimme der Vernunft folgen müßten und den Weg der Frei-  
willigkeit, dem des Zwanges vorziehen. Das Interesse an  
der politischen Arbeiterbewegung verlangt, daß wir den  
Weg der Einigung freiwillig beschreiten. Dies ist das Ge-  
bot der Stunde. Gegenläufe in der Auffassung kleinlicher Art  
können hier nicht entscheidend sein. Es wird auch in Zu-  
kunft sich nur diese Richtung durchsetzen können, mit der  
die geschichtliche Entwicklung im Bunde steht. Die bisherige  
politische Entwicklung hat der Politik der U. S. P. D. nur  
zu recht gegeben.

Wir brauchen an dieser Stelle nicht zu untersuchen, wes-  
halb die Spaltung der alten Partei kam, weil wir die  
Einigung wollen, deshalb wollen wir nicht länger alte  
Wunden aufreißen. Kurz sei nur gesagt: Die Spaltung war  
eine historische Notwendigkeit. Die U. S. P. D. hat unter  
schweren Verhältnissen allen Stürmen zum Trotz die Fahne  
des Sozialismus hoch gehalten. Sie hat eine hohe geschicht-  
liche Mission erfüllt und dem internationalen Sozialismus  
einen unschätzbaren Dienst erwiesen. Als im Oktober 1920 im  
Halle auf Befehl Moskaus mit den 21 Bedingungen die  
Spaltung der U. S. P. erfolgte, da prophezeite man derselben  
den baldigen Tod. Die Partei hat diese Spaltung über-  
wunden und steht heute nach innen und außen gefestigt da,  
während bei der R. P. D. die 21 Bedingungen ihre zer-  
setzende Wirkung weiter ausübten. Zerlegt und aus  
tausend Wunden blutend hat die Arbeiter-  
schaft die Sünden einer verfehlten Politik  
zu büßen. Sorgen wir endlich dafür, daß die  
Zeit der Irrungen vorüber ist und daß wissen-  
schaftliche Erkenntnis mehr zum Leitstern der proletarischen

## Wie schützen wir uns in Haus und Beruf vor ansteckenden Krankheiten?

(2. Fort.) Box Dr. G. Wolff.

### II.

Ein wirkliches Heilmittel der Tuberkulose gibt es bisher nicht.  
Weder das Tuberkulin noch die zahlreichen andern Mittel, die in  
neuerer und älterer Zeit als Heilmittel mit mehr oder weniger  
großem Aufwand von Heilame angepriesen sind, vermögen den  
fortschreitenden Krankheitsprozeß aufzuhalten, vermögen die  
Tuberkelbazillen abzutöten, wie etwa das Salvarsan die Erreger  
der Syphilis oder des Rückfallfiebers abtötet oder das Diphtherie-  
heilmittel die Giftwirkung der Diphtheriebazillen neutralisiert.  
Die ausgebrochene Krankheit ist deshalb therapeutisch schwer zu  
beeinflussen; wohl aber haben wir die Mittel, den Krankheits-  
ausbruch oder doch die Verschlimmerung leichter Erscheinungen  
zu verhindern. Die Bekämpfung der Tuberkulose ist daher in  
erster Linie eine prophylaktische. Sozialhygienische Maß-  
nahmen tragen in hohem Maße dazu bei, ihrer Ausbreitung  
Einhalt zu tun.

Der Aufenthalt in gesunden, sonnigen Wohnungen, noch besser  
in frischer, reiner Luft auf dem Lande oder im waldigen Mittel-  
gebirge und, damit verbunden, eine ausreichende Ernährung sind  
die besten Waffen im Kampfe gegen Tuberkulose. Die Lungen-  
fürsorgestellen haben diesen Grundsatz längst als den einzig erfolg-  
versprechenden erkannt, indem sie möglichst vielen Leichtkranken  
oder auch nur Krankheitsverdächtigen den Aufenthalt in einer  
Lungenheilstätte oder einem ähnlichen Unternehmen ermöglichen.  
Die Sonne und die reichliche Ernährung daselbst haben den besten  
Einfluß auf den Verlauf der Krankheit; natürlich können auch  
solche Mittel da nicht mehr helfen, wo der Krankheitsprozeß schon  
zu weit vorgeschritten ist.

Daß diese Fürsorgebestrebungen durch die lange Dauer des  
Krieges erheblich gelitten haben, daß sie teilweise infolge der  
Mangelernährungspolitik unserer Feinde völlig daniederlagen, darf  
uns nicht wundern. Hier haben wir die Ursache, warum die  
Tuberkulosesterblichkeit in den Kriegsjahren so entsetzlich zuge-

nommen hat. Sie betrug, auf je 10 000 Einwohner berechnet:

1913:	15,7
1914:	16,0
1915:	16,8
1916:	18,0
1917:	25,3
1918:	31,7

Besonders in den beiden letzten Kriegsjahren 1917 und 1918  
war die körperliche Widerstandsfähigkeit der Bevölkerung durch  
die lange Unterernährung so geschwächt, daß die Sterblichkeits-  
ziffer ganz ungeheuer in die Höhe schöß; sie war 1918 doppelt so  
hoch als im Beginn des Krieges.

Was wir unter diesen Umständen in Zukunft zur Bekämpfung  
der Tuberkulosesterblichkeit zu tun haben, ergibt sich von selbst.  
Die sozialhygienischen Maßnahmen, die in Verbesserung  
der Wohnungs- und Ernährungsverhältnisse der großen Bevölke-  
rung zu bestehen haben, müssen in weitem Umfang gefördert  
werden. Hoffentlich ist die wirtschaftliche Entwicklung Deutsch-  
lands trotz des ihm aufgezwungenen Gewaltfriedens, in dem von  
Fürsorgebestrebungen für die leidende Menschheit der Zukunft  
kein Hauch zu spüren ist, so, daß die Vermehrung der Wald-  
erholungs- und Lungenheilstätten, die Verbesserung der groß-  
städtischen Wohnungsverhältnisse die gleichmäßige Gewährung  
einer bekömmlichen und gehaltvollen Nahrung gewährleistet  
werden kann.

Wir haben uns bei der Tuberkulose absichtlich etwas länger  
aufgehalten, weil der Kampf dagegen zu den wichtigsten Gebieten  
einer erfolgreichen Volkshygiene gehören muß. Die Tuberkulose  
ist die Krankheit der breiten Massen, des arbeitenden von seiner  
Gesundheit zehrenden Proletariats, die Krankheit der unter  
schlechten Wohnungsverhältnissen leidenden Großstadtbevölkerung,  
viel mehr als der ländlichen Bauernbevölkerung. Deutschland,  
das in den Jahren vor dem Kriege ein ausgeprägter Industrie-  
staat geworden, dessen weitere Entwicklung noch nicht abzusehen  
ist, hat das größte Interesse daran, die Gesundheit seiner Be-  
völkerung zu heben. Denn mehr noch als je beruht seine wirt-  
schaftliche Kraft auf der Zahl seiner arbeitsfähigen Bevölkerung.  
Eine Krankheit, die nicht dauernd am Gute der Volksgesundheit  
geht, sondern wie eine akute Plage dahergeschritten kam, ist die

Grippe, die seit 1918 in der ganzen Welt Unheil gestiftet hat.  
Eine eigenliche Abwehr dieser höchst ansteckenden Erkrankung der  
Luftwege ist nicht möglich; das hat gerade die ungeheure Ver-  
breitung der Grippe in allen Weltteilen gezeigt. Die letzte große  
Grippeepidemie hatten wir in Europa Ende der neunziger Jahre  
des vergangenen Jahrhunderts. Seitdem kamen nur vereinzelte  
Fälle dieser Infektionskrankheit vor. Worauf es nun beruht,  
daß plötzlich nach einer längeren Zeit der Ruhe das Krankheits-  
gift zu einer so mächtig ausbreitenden Epidemie geführt hat, ent-  
zieht sich noch unserer Kenntnis; dies um so mehr, als sich über  
den Erreger der Krankheit, den von Pfeiffer, einem der  
ältesten Schüler Robert Kochs, entdeckten Influenzabazillus auch  
jetzt noch keine Einigkeit ergeben hat, trotzdem die Frage während  
der jetzigen Grippeepidemie natürlich von allen Bakteriologen  
erneut geprüft worden ist. Wahrscheinlich ist immerhin, daß das  
Krankheitsgift sich auch zu Zeiten, zu denen gehäufte Erkran-  
kungen nicht beobachtet werden, bei einzelnen Menschen lebens-  
fähig erhält und von ihnen aus zu Epidemiezeiten seinen Aus-  
gang nimmt. Nur so können wir es erklären, daß die Krankheit,  
die sich als so ungeheuer ansteckend erweist, plötzlich nach zwanzig  
oder dreißig Jahren wieder aufsteht und nun eine Generation  
vorfindet, die ihr widerstandslos preisgegeben ist.

Wir streifen damit ein außerordentlich wichtiges Kapitel der  
Seuchenbekämpfung, das in jüngster Zeit die Aufmerksamkeit der  
Hygieniker besonders in Anspruch genommen hat, das Kapitel  
der Bazillenträger. Je mehr sich die öffentliche Gesund-  
heitspflege mit der Bekämpfung der Infektionskrankheiten be-  
schäftigt und sich dazu der wissenschaftlichen Methoden des Ba-  
zillennachweises bedient hat, desto häufiger hat sich der einwand-  
freie Befund ergeben, daß Menschen, die selbst gar keine Anzeichen  
einer bestimmten Krankheit mehr haben, etwa des Typhus oder  
der Diphtherie, noch immer die Krankheitserreger mit sich herum-  
tragen. Man bezeichnet sie dann als Bazillenträger. Sie be-  
herbergen in ihrem Körper die schädlichen Parasiten, ohne selbst  
noch im mindesten einen kranken Eindruck zu machen. Gerade  
weil sie sich vollkommen gesund fühlen, verschleppen sie die Krank-  
heit viel leichter als andere, die einen schwerkranken Eindruck  
machen und mit allen Vorsichtsmaßnahmen der modernen Hygiene  
isoliert und vom freien Verkehr ausgeschlossen werden.

(Schluß folgt.)



Kostlich wird. War die Spaltung historisch notwendig, so wird sich die Einigung mit derselben Folgerichtigkeit durchsetzen. Lassen wir aber nicht allein die Zeit diese Fragen lösen, sondern helfen wir mit. Stellen wir das Trennende der Vergangenheit zurück und das Einigende in den Vordergrund. Dann wird es uns gelingen, das große Werk, das in Leipzig begonnen wurde, bald zu vollenden.

### Zur Aussperrung im mittelschlesischen Industriebezirk.

Die Aussperrung der Textilarbeiter durch die Bezirksgruppe Reichenbach des Verbandes Schlesiener Textilindustrieller hält noch an. Die Unternehmer haben es für notwendig gehalten, der Aussperrung eine noch schärfere Note zu geben, was aus einem Rundschreiben, das die Arbeitgeber verfaßt haben, hervorgeht.

Das Rundschreiben lautet:  
Der Lohnkampf hat mit irgendwelchen Abkühlungserscheinungen nichts zu tun. Aus folgenden Gründen hat der Verband weitere Zugeständnisse abgelehnt:

1. Sind die durch einen einstimmigen Schiedspruch des staatlichen Schlichtungsausschusses zu Schweißnägeln — also auch mit Zustimmung der Arbeitnehmerbeisitzer — festgesetzten Löhne die höchsten in der gesamten schlesischen Textilindustrie gezahlten Löhne.
2. Sind die Arbeitgeber, um den Lohnkampf zu vermeiden, noch freiwillig über diesen Schiedspruch hinausgegangen, indem sie die vom Schlichtungsausschuss Schweißnägeln für Januar festgesetzten höheren Löhne bereits ab 1. Dezember 1921 zur Auszahlung gebracht haben.
3. Sind die inneren Ursachen des Kampfes ausschließlich auf das Verhalten der Arbeiterchaft und der Textilarbeiterverbände zurückzuführen, wodurch in der letzten Zeit eine fortwährende, und zwar so starke Beunruhigung der Betriebe und Behinderung der Dispositionsmöglichkeiten der Betriebsleitungen herbeigeführt wurde, daß auf die Dauer eine ordnungsmäßige Aufrechterhaltung der Betriebe unmöglich wurde. Eine Wiedereröffnung der Betriebe ist daher nicht allein abhängig von der Anerkennung der bewilligten Löhne, sondern auch davon, daß Garantien seitens der Arbeiterchaft und der Gewerkschaften gegeben werden, die geeignet sind, die bisherigen fortgesetzten Beunruhigungen und das fast zur Gewohnheit gewordene Spielen mit dem Streik bei einzelnen unserer Mitgliedsfirmen aus der Welt zu schaffen.

Die Unternehmer sagen in diesem Schreiben in Ziffer 3, daß eine Wiedereröffnung der Betriebe nicht allein von der Anerkennung der bewilligten Löhne, sondern auch davon abhängig sei, daß die Arbeiterchaft und die Gewerkschaften Garantien geben müßten, die geeignet wären, die bisherigen fortgesetzten Beunruhigungen usw. zu verhindern. Hier kommt ganz klar zum Ausdruck, daß die Unternehmer nicht den Kampf um des Lohnes halber führen, sondern daß sich hinter dem Lohnkampf andere, weitergehende Ziele verbergen.

Wir haben schon in einem früheren Artikel zum Ausdruck gebracht, daß die Unternehmer den Kampf lediglich politischer Machtsprüche halber führen. Dies Rundschreiben bestätigt unsere Auffassung. Daß der staatliche Schlichtungsausschuss Löhne festgelegt hat, die als die höchsten in der gesamten schlesischen Textilindustrie gezahlten zu bezeichnen sind, ist noch nicht maßgebend dafür, daß die Löhne ausreichend sind und daß die Arbeiterchaft diesen Löhnen zustimmen kann. Die Löhne, die der Schweißnägel-Schlichtungsausschuss festgelegt hat, ja, sogar unter Berücksichtigung dessen, daß die Arbeitgeber über diesen Schiedspruch hinausgegangen sind, ist kein besonderer Beweis dafür, daß die Unternehmer im Recht sind. Wir haben im letzten Artikel bereits darauf hingewiesen, daß die Löhne der schlesischen Textilarbeiter die niedrigsten in Deutschland sind, und wenn man diese Tatsache bei Beurteilung dieser Angelegenheit mitpreisen läßt, dann muß man selbst zu dem Schluß kommen, daß für die schlesischen Textilindustriellen nichts spricht, was deren Maßnahmen rechtfertigen könnte.

Der „kommunistische Gewerkschafter“ müht sich im Schweiße seines Angesichts im Auftrage Moskows ab, zu beweisen, daß die Gewerkschaftsbureauführer im Dienste des Kapitals stehen und Verrat an der Arbeiterchaft üben. Wehe, wenn ihm dies nicht gelingt! Das Auge Moskows wacht! Es verfolgt deshalb alle Kämpfe der Arbeiterchaft, um überall den Verrat der „Gewerkschaftsbosone“ der Amsterdamer Richtung aufzudecken. Werden durch Verhandlungen mit den Unternehmern Lohn- oder sonstige Differenzen beigelegt, so ist dies natürlich glatter Verrat. Daß überhaupt verhandelt wird, ist schon Verrat, sagt dieser Moskauer. Wird irgendwo gestreikt, dann müssen schwere Vorwürfe erhoben werden, weil die Verbandsleitungen durch Verhandlungen mit den Unternehmern den Streik zu lange hinausgezogen haben. Natürlich ebenfalls in verräterischer Absicht. Also kurz, in jeder Situation wird bemerkt, daß überall die Amsterdamer Gewerkschaften die Arbeiter verraten, und es entgeht dem „K. G.“ nichts, womit er dies — natürlich immer im Auftrage Moskows — nachweist.

In Nr. 1 berichtete der „K. G.“ über die Aussperrung der Textilarbeiter im Culengebirge. Nachdem er kurz schildert, wie es zur Aussperrung kam, geht er dazu über, zu beweisen, daß gegen die Verbandsleitung schwere Vorwürfe erhoben werden müssen. Er schreibt:

Der Verbandsleitung ist der schwere Vorwurf nicht zu ersparen, daß sie mit Schuld ist an der jetzigen ungünstigen Situation des Kampfes. Denn sie ist in Zeiten der Hochkonjunktur trotz Drängens der Arbeiter dem Kampf immer wieder ausgewichen. Dieses Beispiel muß den Arbeitern in den Industriezweigen zeigen, daß sie unter keinen Umständen dulden dürfen, wenn von ihren Verbandsführern versucht wird, durch verwickelnde Verhandlungen eine günstige Kampfsituation zu verpassen.

Daß in Schließen die Hochkonjunktur vorüber ist, ist eine Entdeckung des „K. G.“, die deshalb gemacht werden mußte, um an unserer Verbandsleitung Kritik zu üben. Immerhin scheint sich der „K. G.“ auf dem Wege der Besserung zu befinden, denn daß die Arbeiterchaft bei ihren Kämpfen die Wirtschaftskonjunktur zu beachten hat, haben die Kommunisten bisher bestritten. Wir nehmen gern Kenntnis von dieser dämmernden Einsicht.

Vor Schluß der Redaktion ging uns noch die Nachricht zu, daß auf Veranlassung des Regierungspräsidenten am Montag, den 16. Januar, im Regierungsgebäude in Breslau Einigungsverhandlungen stattfinden sollen, an denen dieselben Personen teilnehmen sollen, die an der Verhandlung am 28. Dezember v. J. teilnahmen. Außer ihnen könnten noch zwei Arbeiter aus den Betrieben — doch nicht mehr — zu den Verhandlungen zugelassen werden.

### Arbeiterbewegung und Wohlfahrtspflege.

Die Mitarbeit der Arbeiterchaft in der Wohlfahrtspflege wird häufig als etwas Neues, Exotisches angesehen. Der eine Teil der organisierten Arbeiterchaft sieht ihr ablehnend gegenüber, als wüßte diese Tätigkeit von sonst anerkannten Grundsätzen ab, und als läße man nun selbst die früher immer bekämpfte Wohltätigkeit. Andere wieder stützen sich auf diese Arbeit, als hätten sie nun endlich entdeckt, wie die soziale Frage zu lösen sei. Wo ist die Wahrheit?

Zuerst: Was ist überhaupt Wohlfahrtspflege? Die bürgerlichen Sozialpolitiker sind sich über die Beantwortung dieser Frage durchaus uneinig. Einige von ihnen sehen in der Wohlfahrtspflege alle Mittel zur Bekämpfung wirtschaftlicher und sittlicher Not, andere, wie Prof. Henke in seinem „Abriss der Sozialpolitik“, trennen sie begrifflich von der Sozialpolitik und sagen, daß diese dem ausdrücklichen Zweck diene, das Verhältnis der Klassen zueinander und zum Staat zu regeln, was für jene nicht gelte.

Wir Sozialisten tun besser, die Wohlfahrtspflege nicht losgelöst vom Gesamtproblem gesellschaftlicher Fragen zu betrachten. Uns beantwortet sich die Frage nach Nam und Art und unserer Stellung, wenn wir sie, wie alle gesellschaftlichen Einrichtungen, als Ergebnis wirtschaftlicher Zustände und gesellschaftlicher Kämpfe ansehen.

Wirtschaftliche Not und gegenseitige menschliche Hilfe hat es immer gegeben. Aber eine soziale Frage im heutigen Ausmaß, die Not einer ganzen Klasse, der weitaus größten der Gesamtbevölkerung, gibt es erst seit der industriellen Entwicklung. Zur Bekämpfung dieser Not sind besondere Mittel notwendig. Wir Sozialisten wissen, daß die Lebensbedingungen der Arbeiterchaft zwar zu verbessern, daß sie aber im großen und ganzen der Arbeiterklasse immanent sind und erst mit ihr verschwinden werden. Deshalb ist unser Ziel die klassenlose Gesellschaft, der Sozialismus. Daraus hinarbeiten, ist Sache der Arbeiterklasse und, seit sie zum Bewußtsein der besonderen Bedingungen ihrer Klasse gekommen ist, des Lebensprinzips der Arbeiterbewegung, die ja der Ausdruck des Klassenbewußtseins der Arbeiter ist. Bis das eben umschriebene Ziel erreicht ist, bedarf es eines langen Kampfes, der auf verschiedene Weise geführt wird und in den sich die gewerkschaftlichen und politischen Arbeiterorganisationen teilen. Der Kampf besteht aus der Heranziehung aller, die er angeht, also dem, was man kurzweg Agitation und Organisation nennt. Er besteht aus den wirtschaftlichen Kämpfen zur Verbesserung des Arbeitsverhältnisses und Umgestaltung des Wirtschaftslebens. Die Kämpfe werden erleichtert und ihre Erfolge können gesichert werden durch die Gesetzgebung, und deshalb geht der Kampf auch um die Gesetzgebungs- und Verwaltungsmaschine, um die politische Macht. Sie kann dann auch weiter verwendet werden, z. B. zum Schutz der Arbeiter bei der Steuererhebung, in Schulklassen und bei einer Fürsorgeerhebung für Notleidende, die, wie wir gesehen haben, meistens der Arbeiterklasse zugehört. Es handelt sich also um die Schaffung gesetzlicher Einrichtungen zum Wohle der arbeitenden Klasse und zur Herbeiführung ihres Endziels.

Kann findet der, der heute in Gesetzgebung und Verwaltung, ganz gleich wo, mitarbeitet, eine Reihe Einrichtungen, die besonders dem Wohle der Arbeiter, also der Verbesserung des Arbeitsverhältnisses oder einer Fürsorge für Notleidende dient, vor. Wie sind sie entstanden?

Die ersten Kinder- und Arbeiterschutzgesetze in den dreißiger und vierziger Jahren des letzten Jahrhunderts waren erlassen, ehe noch eine Gewerkschafts- oder Parteibewegung sie gefordert hatte, weil Ueberarbeit und Ausbeutung solche Not, solches Elend erzeugten, daß die jungen Arbeiter kaum nur für die Fabrikarbeit, gar nicht mehr zum Militärdienst taugten. Als dann die in den sechziger Jahren begründete Arbeiterbewegung immer stärker, dem Klassenstaat immer gefährlicher wurde, haben die gesetzgebenden Körperschaften versucht, sie mit Polizeigewalt zurückzuschlagen und gleichzeitig die Arbeiter durch Schaffung für sie nützlicher Einrichtungen mit den bestehenden wirtschaftlichen und politischen Verhältnissen auszusöhnen. So entstanden die Verbesserungen des Arbeiterschutzes und der Arbeiterversicherung, die dem Arbeiter auf Grund eigener Leistungen für die Zeiten, da er wegen Alters, Invalidität, Krankheit oder Unfallschäden nicht arbeiten kann, einen Rechtsanspruch auf Krankengeld, Heilbehandlung oder Rente geben. Damit war keineswegs alle Not bekämpft, teils weil die Leistungen der Versicherung zu gering, teils weil die Not ja nicht nur aus diesen Gründen der Erwerbsunfähigkeit herrührte. Freie Vereine zur Linderung der Not wurden begründet, Reiche gaben, um beim Genuße sich sagen zu können: ich gab ja von dem Meinen den Armen. Früher kammerten Wohlthäter um sich, gleichsam als Propaganda für die Monarchie. Auch der Kirche ward Wohltätigkeit zum Propagandamittel. Es soll keineswegs geleugnet werden, daß viele Wohltaten, weil das Christentum sie fordert oder aus ehrlichem Mitleid und im Wunsch, Gutes zu tun, zustande kamen. Aber nicht viele der Wohltäter sahen ein, daß die wahren Ursachen der Not im Wirtschafts- und im Arbeitsverhältnis zu suchen waren und der Hebel zur Besserung dort angelegt werden müsse. Nur wenige bekannten sich zur Sozialreform an Stelle von Wohltätigkeit. Nach Aufhebung des Sozialistengesetzes stieg die Zahl organisierter Arbeiter weiter, wuchs die Macht der Gewerkschaften an. Damit wuchs aber auch der Wille der Arbeitenden zum Genes, der nun von ihnen nicht nur gegen die Arbeiter im Wirtschafts- und Arbeitsverhältnis, sondern auch gegen die Fortführung der Sozialgesetzgebung geführt wurde. In den Jahren bis zum Krieg ist deshalb ihre Ausbeute gering: Angestelltenversicherung, Kinderzuschuß und Verbesserungen des Arbeiterschutzes, das ist fast alles.

In den Großstädten aber schreit die Not zum Himmel, wird sie selbst für den Blindesten wahrnehmbar. So zahlreich ist ihre Arbeiterbevölkerung und so klar ist sie sich ihrer Aufgabe bewußt, daß trotz Klassenwahrheit in der Gemeinde eine Reihe Städte mit der freiwilligen Errichtung guter Wohlfahrtsvereinigungen der Gesetzgebung weit voraus sind. Die Armenpflege wird über die klüglichen Bestimmungen des Reichsgesetzes ausgebaut, desgleichen die Jugendwohlfahrtspflege durch Berufsvorbereitung, Pflegeelternschutz, Verbesserung der Familien- und Anstaltspflege, Schulspflege und Gesundheitspflege, Einrichtung von Säuglingsheimen, Spielplätzen, Vorkursen usw., Wohnungsfürsorge, Arbeitsvermittlung, vereinzelt auch Erwerbslosenfürsorge, werden eingeführt. Aber alles bleibt gelegentlich, mit wenigen Ausnahmen, wird kaum systematisch in den einzelnen Städten, gar nicht über ein ganzes Reich verbreitet. Unter dem Einfluß großstädtischer Arbeiternot wächst der Einfluß der Sozialreformer in der freien Wohlfahrtspflege, so daß sie in manchen Städten mit den obengenannten Einrichtungen den Stadtverwaltungen vorangeht und sie anregt.

Dann kam der Krieg und brachte neue Nöte, zeigte aber auch unter ihrem Einbruch und besonders wegen der erhöhten Bedeutung der Arbeiterchaft als Reservoir für das Heer und als Munitionshersteller neue Wege zu ihrer Bekämpfung. Zum erstenmal ist im Kriege in größerem Umfang versucht worden, bei der Fürsorge für die Kriegsfamilien, nach dem Grundgedanken zu handeln, die Familie nicht ins Elend versinken zu lassen und erst dann das Notdürftigste zu gewähren, sondern sie gar nicht soweit kommen zu lassen, sie vor Armut zu behüten. Aus finanziellen Gründen war die Durchführung des Prinzips selten möglich, aber es gewann als Grundlage für Wohlfahrtspflege in weiten Kreisen Anhang.

Wir haben vorhin gezeigt, warum die Arbeiterchaft in die Staatsgesetzgebung und -verwaltung drängt. Die Revolution ermöglichte ihr die Benutzung der Staatsmittel in ganz anderer Weise, als das vorher der Fall war. Die Umgestaltung der Wirtschaft sofort durchzuführen, war aus außen- und innenpolitischen Gründen nicht möglich, wohl aber die Verbesserung der Stellung

der Arbeiterchaft im Wirtschaftsleben. Es entsprach nur der Grundanschauung der Arbeiterbewegung, wenn sie zunächst versuchte, die Arbeitsbedingungen zu verbessern und dadurch den Arbeitern zu helfen, statt das Grundübel fortzubehalten zu lassen und durch Wohlfahrtspflege an keinen Schäden zu verlieren. So entstanden die Verordnungen und Gesetze zur Wiedereinstellung und Verbesserung des Arbeiterschutzes, des Achtstundentages, der Arbeiterausschüsse, später Betriebsräte, der Tarifverträge, des Schlichtungswesens usw., und von fürsorgereichen Maßnahmen, die den Arbeiter nicht nur als Produzenten, sondern auch, und zwar in der Hauptsache, als Verbraucher stützen, das Reichsversorgungsgesetz für die Kriegsoffer, die Ausgestaltung der Wochenlöhne, die Erwerbslosenfürsorge.

Auch bei der Weiterführung dieser gesetzgeberischen Arbeiten wird die Arbeiterchaft in dieser Weise verfahren. Bei der gesetzgeberischen Arbeit in der Wohlfahrtspflege wird sie aber nicht außer acht lassen dürfen, daß die Wohlfahrtspflege durch ihr Wesen im gesellschaftlichen Kampf kein klares, einheitliches, übersichtliches Gebilde ist. Sie ist vielmehr in zahllose Geleise, nach den Ursachen der Bedürftigkeit gegliedert, zerstückelt. Die verschiedensten kommunalen Stellen: Arbeitsamt, Jugendamt, Wohlfahrtsamt, Kriegsfürsorgestellen, die vier Arten Versicherungsträger, die freie Wohlfahrtspflege, befaßt sich mit ihrer Durchführung. Das bedeutet eine ungeheure Vergeudung finanzieller und menschlicher Hilfskräfte zum Schaden der Befürworter. Was die einzelnen Geleise verbindet, ist häufig ungenügend, nicht mit pflegerischer Fürsorge verbunden und nicht darauf abgestellt, Elend zu verhüten, sondern nur es zu lindern. Auf die eigentliche Armenpflege, die heute auch noch für die Jugend überall eintreten muß, wo Spezialversorge nicht vorhanden sind, oder um deren Leistungen zu ergänzen, ist immer noch kein Rechtsanspruch geschaffen.

Nachdem die Schranken, die zwischen Arbeiterchaft und Staat errichtet waren, gefallen sind, ist der Arbeiterchaft auch die praktische Verwaltungsarbeit in Reich, Ländern und besonders Gemeinden möglich. Und gerade in den Gemeinden ist die Wohlfahrtspflege ein wichtiges Arbeitsgebiet, das zumeist den Angehörigen der Arbeiterklasse zugute kommt. Der Wirrwarr der Gesetzgebung überträgt sich natürlich auf die Gemeindearbeit. Dazu kommt, daß auch hier vieles noch unzureichend, und die wünschenswerte Klärung zwischen privater und öffentlicher Wohlfahrtspflege noch nicht erfolgt ist. Sie muß herbeigeführt werden, weil die Arbeiterchaft nicht Wohltaten von Reichen, sondern ihr Recht von den öffentlichen Körperschaften will.

Wir sehen also, wie sich die Lösung unserer Frage über die Mitarbeit der Arbeiterchaft in der Wohlfahrtspflege vollzieht. Sie ist ein Teil der öffentlichen Einrichtungen, bei weitem nicht der bedeutendste, zum Schutze der Arbeiterklasse. Und weil die Arbeiterbewegung alle gesellschaftlichen Mittel und staatlichen Einrichtungen benutzt, die dem Schutze der Arbeiterklasse dienen, muß sie auch dieses Mittel benutzen. Aus einem Zentrum, in dem alle wuzeln, stößt sie Anhänger der Arbeiterbewegung vor in alle Gebiete des öffentlichen Lebens, um sie mit unserem Willen zu erfüllen. Das dürfen wir keines auslassen. Aber immer müssen wir dessen eingedenk sein, daß wir bei unserem Vorstoß, wenn er nicht mißlingen soll, im Rücken bedeckt sein müssen durch eine starke Arbeiterbewegung, deren Stärke von unserer Arbeit für sie abhängt, sonst mißlingt er. Der Erfolg auch auf diesem Teilgebiete hängt ab von unserer gesellschaftlichen Macht. Stärken wir diese, so legen wir gleichzeitig Breche in die Ursachen, die die Wohlfahrtspflege notwendig machen. So ist Wohlfahrtspflege für uns kein besonderes, sondern ein Teilgebiet unserer Aufgaben, deren Grundlage die Arbeit für unsere Organisation ist.

Sedwig Wachenheim.

### Mehr Regsamkeit!!

Die Mitgliederzahlen unserer Organisation sind jetzt ein besseres Spiegelbild der Beteiligung der Geschlechter am Produktionsprozeß der Textilindustrie, als es früher der Fall war. Wohl hatte unsere Organisation schon seit Jahrzehnten von allen Verbänden mit weiblichen Mitgliedern die höchste Zahl organisierter Arbeiterinnen, doch stand diese Zahl noch in keinem Verhältnis zur Zahl der in Textilbetrieben beschäftigten Frauen und Mädchen. Die Arbeiterinnen war eben dem Organisationsgedanken schwerer zugänglich als der arbeitende Mann. Heute liegen die Dinge anders.

Nach der Novemberzählung 1921 zählte der Verband 415 272 weibliche Mitglieder, denen nur 221 022 männliche gegenüberstehen. Dieser starke Zuwachs weiblicher Mitglieder, der noch immer anhält, ist natürlich sehr erfreulich und von großer Bedeutung für die Organisation. Ihre Widerstandsfähigkeit im Kampfe erfährt dadurch eine erhebliche Stärkung, wirksamer kann sie Lohnkämpfe führen, an deren erfolgreichem Ausgang jede Arbeiterin stark interessiert ist.

Soll und darf aber das Interesse der Arbeiterinnen sich nur auf die Lohnkämpfe beschränken? Nein!! Sie müssen auch an allem anderen, was innerhalb der Organisation für die Mitglieder geschieht, lebendiges Interesse haben, sich bemühen, auch sie als Mitglieder Pflicht gegenüber ihrem Verband haben, von dem sie Rechte fordern. „Mehr Regsamkeit“ der Kolleginnen ist unbedingt erforderlich. Daß diese Regsamkeit nicht im Verhältnis zu ihrer Mitgliederzahl liegt, hat wohl keine Ursachen darin, daß die meisten der in den letzten Jahren neu eingetretenen weiblichen Mitglieder, dem inneren Wesen der Organisation noch fremd und teilnahmslos gegenüberstehen, daß sie die idealen und kulturellen Aufgaben der Gewerkschaften noch nicht begreifen. Das es so ist, kann ihnen auch nicht zum Vorwurf gemacht werden. Kamen sie doch zum großen Teil aus Kreisen, die mit weltfremden Anschauungen und Gewohnheiten befaßt sind, zu uns. Die Not der Zeit brachte sie ins Erwerbsleben, welches sie zunächst mit der Organisation in Berührung brachte zur Eringung auskömmlicher Löhne. Welche Werte ihnen die Gewerkschaft sonst noch erschließen kann, haben sie noch nicht erkannt. Mitarbeit innerhalb der Organisation, die sich bei den meisten Männern von selbst versteht, leisten sie nur in recht wenigen Fällen, weil es an Selbstbewußtsein und Zutrauen zu sich selbst in vielen Fällen fehlt.

Die Bedeutung, welche die Arbeiterin im Produktionsprozeß hat, der hohe volkswirtschaftliche Wert ihrer Arbeitsleistung in Verbindung mit ihrer Stellung als freie Staatsbürgerin verweist auf jede Arbeiterin auf den Weg der Mitarbeit, des Auf- und Ausbaues einer Gesellschaftsordnung, in der das arbeitende Volk ein seiner Bedeutung entsprechendes Dasein führen soll. Deshalb müssen auch die Arbeiterinnen aus ihrer Reserve heraus. Jede muß bestrebt sein, mitzuwirken bei allem, was die Arbeiterklasse angeht, besonders aber müssen die Arbeiterinnen lernen, ihre eigenen Angelegenheiten wirksam zu vertreten. Im Kampf mit dem Unternehmertum drohen der Arbeiterin Gefahren, die sie abwenden kann, wenn sie den Willen dazu hat. Zu diesen Gefahren gehört der Verlust der Beseitigung der 46stündigen Arbeitswoche, welchen die Organisation schon einmal abwehrte. Der Ueberforderung muß als ein Versuch angesehen werden, die Verlängerung der Arbeitszeit durchzuführen, wenn Arbeiterinnen sich zur Leistung von Ueberstunden bereit finden. Um solchen Gefahren nicht zu erliegen, müssen sich die Arbeiterinnen, hinter denen ja in solchen Fällen die Organisation steht, stark machen in der Erkenntnis, was für sie auf dem Spiele steht, und wie gering noch immer die Unternehmern die Arbeiterinnen einschätzen, wenn sie von ihnen Leistungen verlangen, welche die Gewerkschaft in langem zähen Kampfe bestritten hat. Arbeiterinnen, die an dem inneren Leben der Organisation bewußt teilnehmen, werden auch innerlich bereichert, weil sie wissen, daß man ihre Mitarbeit zu schätzen weiß und sie nicht entbehren möchte und kann. Die Mitarbeit der weiblichen Mitglieder ist unumgänglich notwendig. Es geht nicht an, daß große Massen von Mitgliedern in sich der Organisation gegenüber passiv verhalten und nur aktiv in Erscheinung treten, wenn es sich um Lohnkämpfe handelt. „Sich regen, bringt Segen“. Als denkende, für die Entwicklung vollverantwortliche Frau, muß sich jede Arbeiterin fühlen. Hat sie diese ihre Pflicht der Gesamtheit



gegenüber erkannt, wird sie auch Anteil nehmen an allem, was die Gewerkschaft und die gesamte Arbeiterbewegung ihr zu bieten hat. Mehr Regsamkeit, wenn die Möglichkeit vorhanden ist, sein Wissen zu erweitern. In nahezu allen Orten werden Bildungs-kurse veranstaltet, die von den Arbeiterinnen recht spärlich besucht werden. Wissen aber ist Macht und ebnet den Weg zum Aufstieg. Mehr Regsamkeit, wenn die Organisationsleitung die Arbeiterinnen für diese oder jene Arbeit aufstaut. Es ist ihre eigene Sache, denn die Arbeiterinnen selbst sind „die Organisation“. Mehr Regsamkeit in der Beurteilung und Besprechung der die Arbeiterschaft betreffenden Fragen der Gelehrte und allgemeiner Tagesfragen. „Mehr Regsamkeit“ beim Besuch der Versammlungen! Säumige aufrütteln, sie von der Notwendigkeit des Versammlungsbefuchs überzeugen. „Mehr Regsamkeit“ auch in den Versammlungen selbst. Sich zum Wort melden, Stellung nehmen zu den verschiedenen Verhandlungsgegenständen. „Mehr Regsamkeit“ auch beim Lesen unseres „Textilarbeiter“. Ueber das Gelesene lebhaften Gedankenaustausch pflegen. So, nur so müssen sich auch die Arbeiterinnen, welche erst in den letzten Jahren der Organisation beigetreten sind, durchsetzen, wie es auch die fortgeschrittenen Arbeiterinnen tun mühten und auch getan haben. Es mühte doch merkwürdig zugehen, wenn in den mehr als 300 000 weiblichen Mitgliedern, welche der Organisation in den letzten Jahren neu beitraten, nicht das Interesse für das Wesen und den Zweck der Organisation lebendig werden sollte. Aber der Wille dazu muß vorhanden sein, und dieser Wille muß in die Tat umgesetzt werden.

Unterstützung finden die Kolleginnen, die den Willen zur Beteiligung zeigen, überall. Wer sich aber selbst nichts zutraut, dem trauen auch andere nichts zu. Und die Arbeiterin muß sich auch über den Rahmen der Gewerkschaft hinaus auf solchen Gebieten betätigen lernen, die dem Wohle der Arbeiterklasse dienen müssen, z. B. die den Gemeinden obliegenden Aufgaben zur Lösung und Förderung sozialer Aufgaben für die Arbeiterschaft.

Für alle diese Aufgaben erwirbt man sich Wissen und Fähigkeiten im Rahmen der Gewerkschaft durch praktische Mitarbeit. Darum darf keine Arbeiterin ihr Licht unter den Scheffel stellen. Die gegenwärtige Zeit braucht Frauen, die an der Ausgestaltung und Umgestaltung der Gesellschaft mitarbeiten wollen. Mehr Regsamkeit auf allen Gebieten, mit offenen Augen und Sinnen die Verhältnisse ansehen, in denen wir stehen, den Willen haben sie zu bessern. Schafft allen Arbeiterinnen die Möglichkeit sich durchzusetzen und den Platz in der Gewerkschaft und in der Volksgemeinschaft einzunehmen, der ihnen auf Grund ihrer Bedeutung für die Volkswirtschaft als Frau zukommt.

### Zum Gesundheitszustande der arbeitenden Bevölkerung.

(Schluß.)  
Am genauesten werden solche Beobachtungen in der Schule gemacht, wo Schulkärzte angestellt sind, ganz besonders wo sie hauptamtlich tätig sind. Leider sind die Vorklässe des Landesgesundheitsamtes, die es im Anfang dieses Jahres gemacht hat, noch nicht durchgeführt. Nachrichten aus Chemnitz, wo die Berufsberatung und Lehrstellenvermittlung in enger Verbindung mit den Schülern und den Schulkärzten arbeitet, erweisen, daß im Jahre 1920 600 Jugendliche, also 10 Proz. aller Schulklassen nicht haben in einem Berufe untergebracht werden können, weil sie zu schwach dazu waren. Arbeitgeber und Lehrherren haben sie als schwächlich zurückgeschickt, die Maschinen waren für eine ganze Reihe von ihnen zu groß und zu schwer.

M. D. u. H. Ich bin nun in der Lage, auch die allernächsten Feststellungen mitzuteilen, die erst im September d. J. dort abgeschlossen worden sind, und das bezieht sich darauf, daß vorhin gesagt wurde, die Kriegsauswirkungen wären erledigt. Jetzt vor 6 Wochen sind die Kinder in Chemnitz wieder untersucht worden, das sind die, die nächste Ostern „erwerbsfähig“ werden sollen und da sind wieder 12 Proz. aller Knabenkonfirmanten und 15 Proz. aller Mädchenkonfirmanten ungeeignet für die gewählten Berufe und 7 Proz. der Knaben und 4 Proz. der Mädchen für jeden Beruf überhaupt untauglich befunden worden. Das Arbeitsministerium hat in Hinsicht auf diese äußerst bedauerlichen Zahlen eine Verordnung über die Erwerbsfähigkeit unserer heranwachsenden Jugend erlassen und unter dem 30. Juni 1921 die Kreisgesundheitsämter beauftragt, dieser Frage ihre volle Aufmerksamkeit zuzuwenden und Erhebungen anzustellen. Wir haben aus dem ganzen Lande Berichte bekommen, wie nun die Zustände unter den Jugendlichen augenblicklich sind. Ich möchte mir erlauben, Ihnen ganz kurz daraus einige Mitteilungen zu machen.

Im Bauener Bezirke sind Jugendliche aus landwirtschaftlichen Betrieben wieder zurückgekommen, weil sie der Arbeit nicht gewachsen waren. Der Bezirksarzt von Löbau stellte unter den Jugendlichen 35 Proz. minderwertige Mädchen und 20 Proz. minderwertige Knaben fest. Der Bezirksarzt von Rameau, also aus einem ganz ländlichen Bezirke, erklärte, daß der Gesundheitszustand der Jugend keineswegs günstig wäre. Im Chemnitzer Bezirke liegen die Dinge ähnlich. Es wird uns allerdings von dort mitgeteilt, daß die Untersuchungen nicht überall haben durchgeführt werden können, weil nicht überall Schulkärzte da waren, sowie daß die allerwichtigsten Untersuchungen der Jugendlichen beim Uebertritt ins Erwerbsleben, bei der Schulentlassung in besonderem Hinblick auf die Berufswahl nicht allenfalls haben durchgeführt werden können. Ohne eingehende Mitarbeit der Bezirks- und Schulkärzte sind selbstverständlich sichere Unterlagen darüber gar nicht zu erlangen.

Aus dem Dresdner Bezirke wird mitgeteilt, daß zwar ähnlich traurige Verhältnisse wie in Chemnitz in keiner Gegend des Dresdner Regierungsbezirkes vorzufinden waren, doch werden, abgesehen von rein ländlichen Bezirken von überallher gehäufte Fälle gemeldet, in denen — ich zitiere hier wörtlich — „schulentlassene Knaben wie auch Mädchen wegen körperliche Schwäche und zurückgebliebener Entwicklung nicht fähig waren, sofort nach Schulentlassung einen gewerblichen Beruf zu ergreifen, oder gezwungen waren, diesen wieder zu wechseln“.

Hier in der Stadt Dresden konnten 7 Proz. der Knaben und 13 Proz. der Mädchen infolge Schwächlichkeit keine gewerbliche Arbeit übernehmen. (Hört, hört! links.)

Im Leipziger Bezirke war eine beachtliche, aber, wie geschrieben wird, nicht bedrohliche Zahl solcher Fälle. Besondere Klagen kommen aber z. B. aus der Amtshauptmannschaft Leipzig. In Gethain, einem doch schon von wunderbarer ländlicher und naturschöner Umgebung umgebenen Orte, waren 8 Proz. der Lehrlinge der Arbeit nicht gewachsen, und aus Burgstädt und Umgebung wird berichtet, daß sogar der vierte Teil aller Lehrlinge und Jugendlichen, d. h. 25 Proz. dem gewählten Berufe nicht gewachsen sein sollen.

Im Zwickauer Bezirke endlich, der uns hier ja ganz besonders interessiert, ist eine sehr eigenartige Tatsache festzustellen. Es wird dort nämlich gesagt, daß die Chemnitzer Zahlen nicht erreicht würden. Ich möchte dazu nebenbei bemerken, daß die Zahlen aus Chemnitz in der Verordnung infolge eines Schreibfehlers zu hoch angegeben sind. Die wichtigste Industrie des Zwickauer Bezirkes ist die Textilindustrie. Diese Textilindustrie sagt von sich selbst, ich entnehme das wörtlich dem Bericht:

„Die Textilindustrie erfordert meist nur ein gewisses Maß von Geschicklichkeit und Aufmerksamkeit, zum großen Teil jedenfalls keine schwere körperliche Arbeit. Die Textilarbeit ist eine Tätigkeit, die auch schwächliche Menschen, insbesondere schwächliche Lehrlinge und Jugendliche leisten können.“

M. D. u. H. So kommt es, daß nach den Berichten aus dem Zwickauer Bezirke, insbesondere aus dem Vogtlande, nur verhältnismäßig wenig junge Menschen ihren Platz nicht gefunden haben oder nicht ausfüllen konnten. Aber als Arzt muß man doch darauf hinweisen, daß es hinsichtlich einer gewissen Dauer der Erwerbsfähigkeit — und darauf kommt es doch an, daß die Menschen

später ausdauernd und tüchtig bleiben — bedenklich erscheint, wie von dort wörtlich berichtet wird, „unterernährte, offensichtlich im Wachstum und in Entwicklung zurückgebliebene junge Menschen“ in manchen Textilbetrieben mit ihrer Arbeit im geschlossenen Raum oft bei Staubentwicklung und mit besonderer Belastung des Nervensystems und auch der Augen einzustellen.

In Zwickau waren reichlich 25 Proz. der Kinder unterernährt und über die Hälfte der Kinder mindergewichtig und zurückgeblieben. Das sind alles Zahlen aus dem letzten Jahre. Besonders ungünstige Verhältnisse liegen vor in Schwarzenberg. Dann wird aus Eisenstod gemeldet, daß voraussichtlich 34 Jungen und 50 Mädchen, d. h. weit über die Hälfte aus den von ihnen gewählten Berufen wieder heraus müssen wegen Schwächlichkeit. In Aue waren 11 Proz. schwächliche unter den untersuchten Jugendlichen. Ähnliches wird aus Schneeberg, Auerbach und Falkenstein berichtet. In Plauen selbst sind 5 Proz. der Knaben vollständig untauglich und 19,5 Proz. der Knaben nur bedingt tauglich für den Beruf, also auch minderwertig. Und der Plauensche Städtische Arbeitsnachweis schreibt: „Noch nie hat der ungünstige Ernährungs- und sonstige körperliche Zustand der schulentlassenen Knaben und Mädchen bei ihrer Unterbringung in Lehr- und Arbeitsstellen so mitgesprochen und hindernd gewirkt, als in den letzten Jahren nach dem Kriege.“

M. D. u. H. Das ist die augenblickliche gesundheitliche Lage unserer Bevölkerung, und ich glaube, Ihnen damit beweisen zu haben, daß man leider nicht davon sprechen kann, daß die Auswirkungen des Krieges sich schon erledigt hätten. (Sehr richtig! links.) Ich möchte Sie noch einmal besonders auf den Zustand unserer Frauen und Mädchen aufmerksam machen. Wenn Sie daran denken, daß wir einen gewaltigen Frauenüberschuß, über 300 000 in Sachsen haben, daß 33 Prozent der Arbeiterschaft in Sachsen Frauen und Mädchen sind und in der Textilindustrie — das ist die Industrie, wo wir die meisten Ueberstundenbewilligungen haben — 60,5 Prozent der gesamten Arbeiterschaft weibliche Arbeiterinnen sind, so haben Sie ein trostloses Bild.

M. D. u. H. Auf der Gesundheit unserer Frauen und Mädchen beruht unsere Zukunft als Volk. Ohne gesunde, körperlich und geistig rüstige Frauen und Mädchen kommen wir überhaupt nicht wieder in die Höhe.

Was die Kinder anlangt, so möchte ich auch darauf hinweisen, daß die Jugendlichen im Sinne des Gesetzes nur die 14- bis 16-jährigen sind, aber im ärztlichen, biologischen Sinne muß man mindestens noch 2 oder 3 Jahre hinzurechnen. Diese werden von der Arbeiterschutzeinrichtung im allgemeinen nicht mehr erfasst, trotzdem sie es natürlich ebenso notwendig haben wie die jüngeren.

Nun, m. D. u. H., macht selbstverständlich ein großer Teil, wenn nicht der größte Teil unserer Jugend es selbst dem Wohlmeinenden fürchtbar schwer, noch mehr Freiheit, noch mehr Schutz und Schonung für die Jugendlichen zu verlangen, als jetzt schon vorhanden ist. Denn, das darf nicht verschwiegen werden, aus allen Teilen des Landes kommen die beweglichsten Klagen über die Zuchtlosigkeit der Jugend auf körperlichem, auf geistigem, auf moralischem Gebiete. Die Sucht nach Vergnügungen allerzweifelhaftester Art, zum Schund, zum Tabak, zum Alkohol, zu geschlechtlichen Ausschweifungen, kurz eine ganz grob sinnliche Genusssucht macht sich in unserer Jugend breit. Aber ist es denn nicht überhaupt ein Wunder, daß diese Zustände in der Jugend nicht noch viel schlimmer sind, wenn man an das denkt, was die Erwachsenen wenigstens in einem nach außen besonders auffallendem Teile unserer Jugend vorleben? Ein breiter Strom von Schmutz, Gewinnsucht, Genußsucht, Unzucht und Wöllerei ergießt sich jetzt über unser Land mit einem Hang zur Selbsttäuschung, zum Betrug, zur Gedankenlosigkeit, zum Aberglauben, zur Quacksalberei und zum Schwindel.

Nun, m. D. u. H., der Arzt, der die innige Wechselwirkung zwischen Körperlichem und Geistigem in uns durchaus kennt, der weiß, daß der moralische Zusammenbruch unseres Volkes mit dem körperlichen Zusammenbruch in ganz engen Beziehungen steht. Unser Volk ist tatsächlich krank. Aber dazu kommt noch eine ganz erschreckende Verständnislosigkeit den einfachsten Geboten, der allgemeinen und persönlichen Gesundheitspflege gegenüber. Da, m. D. u. H., muß ich allerdings bitten, auch wieder dem Arzte zu glauben, der nicht nur die Gegenwart ansieht, sondern auch an die Zukunft denkt. Leider sind die Ärzte nicht daran gewöhnt, daß sie gehört werden oder nur dann, wenn es zu spät ist. Es ist mir nicht bekannt geworden, daß die Kugnießer an den Preisen der Kartoffeln, der Milch, des Fettes, der Margarine usw. sich zuvor bei unserem Landesgesundheitsamt erkundigt haben, welchen Einfluß diese Preisserhöhung auf die Volksgesundheit gemacht hat und machen wird. Es ist mir ebenfalls bekannt geworden, daß etwa die Kugnießer des Alkohols sich beim Landesgesundheitsamt erkundigt haben, welchen Einfluß die Aufhebung der Polizeistunde auf unsere Volksgesundheit nimmt. (Zuruf links: Das wird Ihnen auch nie bekannt werden!) Das sind die Erwachsenen, die es vorhaben, und das Vorbild ist noch immer der beste Lehrmeister gewesen.

So ist unsere Jugend zu beklagen, aber nicht zu verdammen, und das um so weniger, als ja, wie Sie selbst wissen, in unserer Jugend ein immer mehr wachsender Kreis ist, der anders entschlossen ist als die anderen, als die vielen. Wir als Arzt ist es ganz gleich, ob es sich um Wandervogel, Freideutsche Jugend, Arbeiterjugend, Junge Garde, Junge Menschen, Landjungen, Landsohner und wie sie sich nennen mögen, handelt. Die Hauptsache ist der entschlossene Wille zu einer Lebenserneuerung aus der Jugend selbst heraus in engstem Zusammenhange mit der Natur. Selbstverständlich ist auch viel Ueberschwang dabei, aber Jugend ohne Ueberschwang ist eigentlich gar keine Jugend. Aber eins vor allen Dingen braucht diese unsere neue Jugend; nicht etwa Geld, was man heute als Alibi Mittel preist. Was der einzelne Jugendliche mit viel Geld anfängt, das erleben wir zu unserer großen Betrübnis ja alle Tage! Die Jugendorganisationen möchte man allerdings ganz gehörig unterstützen. Nein, unsere Jugend braucht vor allem Zeit — Entwicklung, Werden braucht Zeit — unsere neue Jugend braucht Zeit, um Leib und Seele gesund zu entwickeln und heranzubilden und gesundzuarbeiten für ihre spätere Erwerbsfähigkeit, denn das ist das Wichtigste, die Zukunftarbeit.

M. D. u. H. Ich möchte nicht etwa den Eindruck aufkommen lassen, daß auch der Arzt nur vom Nihilismus etwas hält. Im Gegenteil, eine ausreichende Ernährung allein, wie man das so manchmal hört oder liest, tut es durchaus nicht. Sie können in einen Menschen alles hineinfüllen, die besten Lebensmittel, soviel er braucht; wenn er nicht arbeitet, wird er krank. Unsere Körperzellen müssen in Bewegung gesetzt werden, um Kraft und Erzeugnisse, um Schutzstoffe erzeugen zu können, d. h. mit anderen Worten: sie müssen arbeiten. Da liegt der Segen der Arbeitsschulidee, des Werkunterrichtes. Das ist die große durchschlagende Bedeutung der Leibesübungen für unsere Jugend. Nun besteht aber leider unter der Arbeiterschaft und ihren berufenen Vertretern in den Betrieben nicht genug Verständnis für alle diese Fragen der Gesundheit, ganz besonders im Hinblick auf die Gesundheit der Frauen und Mädchen und der Jugendlichen. Es gibt Betriebsräte, die sich über den Schutz der Arbeitergesundheit noch in keiner Weise klar sind; denn sonst würde z. B. nicht von Betriebsräten der Pausenverkürzung oder gar Pausenaufhebung in einer Weise das Wort geredet, wie es sein Gewerbaufsichtsbekanntes und erst recht natürlich nicht ein Gewerbarzt aufheizen kann. Daher ist auch in der auf der Tagesordnung stehenden Ueberstundenverordnung der Appell des Arbeitsministeriums von den Betriebsräten an die Berufsorganisationen ergangen.

M. D. u. H. Ich möchte Sie bitten, in dieser Gesinnung gerade in Rücksicht auf unsere Frauen und Mädchen und Jugendlichen an die Beurteilung der Frage der Ueberstundenarbeit heranzutreten. (Lebhaftes Bravo! links.)

## Internationale Konferenz der Textilarbeiter.

Eine Konferenz der „Internationalen Vereinigung der Textilarbeiter“ fand am 6. und 7. Januar ds. Js. in Reichenberg in Böhmen statt. Es nahmen teil durch ihre internationalen Vertrauensmänner die Organisationen in Belgien, Dänemark, Deutschland, Frankreich, England, Holland, Italien, Oesterreich, Schweiz und Tschechoslowakei.

Beschlossen wurde, die Beiträge künftig nach einem neuen System zu erheben und 75 Prozent davon dem Streikfonds zuzuführen. Den internationalen Streikfonds beizubehalten und auszubauen, sind alle Nationen mit Ausnahme Englands entschlossen. Es ist kein Zweifel, daß die großen Länder mit starken Organisationen, welche im Falle von Streiks mit Massenkämpfen zu rechnen haben, den Streikfonds wohl niemals in Anspruch nehmen können. Den gewaltigen finanziellen Anprüchen, welche da an die Organisation gestellt werden, ist der Streikfonds nicht gewachsen. Ob das in der Zukunft möglich werden wird, muß die Erfahrung lehren. Wohl aber ist es schon heute möglich, mit Hilfe des Streikfonds den kleinen Nationen und großen Nationen mit schwachen Organisationen helfend beizuspringen. Die Unterstreichungen, welche den Franzosen und Italienern in ihrem letzten umfassenden Textilarbeiterkampf aus dem Streikfonds zuteil wurden, waren von weitgehender Wirkung. Die Internationale Vereinigung der Textilarbeiter betrachtet deshalb die Existenz eines internationalen Streikfonds als unentbehrliche Waffe im Kampfe wider den Kapitalismus.

Interessant und wichtig für Deutschland war der Bericht, welchen der internationale Sekretär, das Parlamentsmitglied Shaw, über die Arbeitszeit in England gab. In der englischen Textilindustrie werden 47 1/2 Stunden pro Woche ausnahmslos gearbeitet, Ueberstunden werden nicht gemacht und von den Unternehmern nicht verlangt. Niemand ist von den Unternehmern weder im Parlament noch der Arbeiterorganisation gegenüber das Verlangen nach Beseitigung des Achtstundentages gestellt worden. Der Achtstundentag in der englischen Textilindustrie gilt als gesichert. Das mit sind die gegenseitigen Behauptungen der deutschen Unternehmer als unwarhaft festgestellt.

Die Schweizer Vertreter beklagten sich über das Ueberstundenwesen in Deutschland.

Das Internationale Komitee hat verucht, die noch außerhalb der Beteiligung stehenden Landesorganisationen der Textilarbeiter-Internationale zuzuführen. Der Anschlag Mexikos ist in der nächsten Zeit zu erwarten, desgl. Schweden Verhandlungen mit Indien und auch mit Japan ist Führung genommen. Da in Japan die Organisationen der Arbeiter nur als Geheimorganisationen existieren können, kann zunächst nur mit Pflege der Korrespondenz gerechnet werden. Die Zugehörigkeit der überseeischen Länder zur Internationale ist für die europäischen Textilarbeiter angeht die rapide Entwicklung der Textilindustrie in jenen Gebieten von besonderer Bedeutung.

Mit Befremden hat die Konferenz davon Kenntnis genommen, daß die Textilarbeiterorganisationen Schottlands den Weg zur Internationalen Vereinigung noch immer nicht gefunden haben. Das Komitee ließ keinen Zweifel, daß es auf die vielen Neben über die hohe Bedeutung der Internationale, welche in Schottland gehalten werden, absolut nichts zu geben in der Lage ist, solange die Praxis der schottischen Organisationen zu ihrer Theorie in Widerspruch steht. — Auch der Anschlag Irlands soll angestrebt werden, und die Beziehungen zu den Vereinigten Staaten von Nordamerika, welche der Internationalen Vereinigung wohl angehören, es aber noch nicht zur Beitragszahlung gebracht haben, sollen inniger gestaltet werden.

Einstimmig wurde beschlossen, die Korrespondenz mit dem sogenannten Roten Gewerkschaftsinternationale angehenden russischen Textilarbeiterverband für die Zukunft einzustellen. Durch Beschluß des Komitees war bisher seit etwa Jahresfrist der Sekretär genötigt, alle Drucksachen und sonstigen Korrespondenzen auch der russischen Arbeiterorganisation zuzuführen. Die Russen haben weder jemals eine Empfangsbefähigung geschickt, noch sonst etwas von sich hören lassen, und es auch nicht für nötig gehalten, ihre eigenen Drucksachen dem Bureau zu übermitteln.

## Elfter Kongreß der Gewerkschaften Deutschlands

Montag, den 19. Juni 1922

- in Leipzig, Saalbau des Zoolog. Gartens.  
Als Tagesordnung ist vorgelesen:
1. Erledigung der geschäftlichen Angelegenheiten (Wahl der Kommissionen, Prüfung der Mandate).
  2. Bericht des Bundesvorstandes.
  3. Betriebsräte und Gewerkschaften.
  4. Organisationsformen und Methoden der Gewerkschaftsbewegung.
  5. Arbeitsgemeinschaften und Wirtschaftsrate.
  6. Das zukünftige Arbeitsrecht in Deutschland.
  7. Änderung der Bundesstatuten.
  8. Wahl des Bundesvorstandes.
  9. Erledigung sonstiger Anträge.

Der Kongreß wird am 19. Juni 1922, samstags 9 Uhr, eröffnet und wird bis einschließlich Sonnabend, den 24. Juni, tagen. Die Vertretung auf den Gewerkschaftskongressen regelt sich nach den Satzungen des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes:

§ 32.  
Alle dem Bund angeschlossenen Gewerkschaften sind berechtigt, stimmfähige Vertreter zu dem Gewerkschaftskongreß zu entsenden. Gewerkschaften, die mit mehr als zwei Vierteljahrsbeiträgen oder mit Hilfsbeiträgen (§ 44) im Rückstande sind, kann durch Beschluß des Kongresses die Teilnahme an dem Kongreß oder das Stimmrecht auf demselben verweigert werden.

§ 33.  
Auf je 10 000 Mitglieder einer Gewerkschaft entfällt ein Vertreter, desgleichen auf eine übersteigende Mitgliederzahl, wenn sie mindestens 5000 beträgt. Gewerkschaften unter 10 000 Mitgliedern können gleichfalls einen Vertreter entsenden. Die Art der Wahl bleibt jeder Gewerkschaft überlassen.

Anträge an den Kongreß können nach § 34 der Satzungen von jeder angeschlossenen Gewerkschaft oder ihren Bezirks- oder Ortsvereinen gestellt werden. Anträge einzelner Gewerkschaftsmitglieder werden nur dann zugelassen, wenn sie von einem Ortsverein oder dem Zentralvorstand der Gewerkschaft unterstützt werden.

Die Anträge müssen nach § 35 der Satzungen acht Wochen vor dem Kongreß, also bis zum 22. April 1922, an den Bundesvorstand eingereicht werden, der sie spätestens sechs Wochen vor dem Stattfinden des Kongresses zu veröffentlichen hat.

Berlin, 7. Januar 1922.  
SO. 16, Engelauer 24 IV.

Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.  
Th. Leipart.

## „Nadel und Schere.“

Die 1. Allgemeine Warenausstellung für das Schneidergewerbe, über die wir an dieser Stelle schon berichteten und die sich in den beteiligten Kreisen lebhaftesten Zuspruchs erfreut, findet vom 25. bis 27. Januar 1922 in dem Riesen-Saalbau der Brauerei Friedriehshain, Am Königstor, Friedriehshain 17—23 (nahe Alexanderplatz) statt. Die neuesten Erzeugnisse auf dem Gebiete der Schneiderei und verwandter Gewerbe sollen dort zur Vorführung kommen und dürfte sich darum ein Besuch derselben für jedermann äußerst interessant und lohnend gestalten.



Der Eintrittspreis beträgt 4 M., jedoch soll den Berechnungsgliedern der einschlägigen Branchen, wie uns mitgeteilt wird, ein Vorzugspreis gewährt werden, indem diese bei Vorzeigung ihrer Mitgliedskarte nur die Hälfte, also 2 M., zu zahlen haben. Die Ausstellung ist von morgens 10 Uhr bis abends 10 Uhr ununterbrochen geöffnet.

### Die Zweistufigfrage als Streitfrage in der Tagespresse.

Die „Leipziger Wochenschrift für Textilindustrie“ bringt in Nr. 1 vom 3. Januar 1922 eine Notiz „Das Zweistufigsystem als politischer Lanfapel“, in welcher sie auf eine Preisföhrde hinweist, die zwischen dem mehrheitssozialistischen Blatt „Das Volk“ und der „Ostthüringer Tribüne“ in Gera ausgetroffen wird. Wir wollen uns in keiner Weise in diesen Groß-Mäufel-Krieg einmischen, glauben aber doch zum Ausdruck bringen zu müssen, daß eine Frage, wie das Zweistufigsystem, innerhalb der Organisation, ohne Zustimmung der Parteipresse, zum Austrag gebracht werden kann. Ein Verbandsfunktionär, der für seine Auffassung mit guten und sachlichen Gründen eintritt, wird sich durchzusetzen verstehen, ohne daß er die Presse zu Hilfe nimmt. Dadurch, daß man die Zweistufigfrage in recht unnötiger Weise in die Tagespresse jerrt, ist der Verständigung über diese strittige Frage in keiner Weise gedient worden.

### Aus der Textilindustrie.

Preisrückgang für Gerberwollen in der Niederlausitz. Während für fast sämtliche Rohwollen auf den großen Weltmärkten bei wachsender Nachfrage schon in den letzten Dezembertagen eine Preissteigerung von durchschnittlich 10 Prozent einsetzte, sind die Preise für Gerberwollen in der Niederlausitz, wie das „Wollarchiv“, Berlin, mitteilt, nicht unbedeutend zurückgegangen. Man notierte für fabrikgewaschene Wollen:

feine	170—190 M.
halbfine	135—160 „
mittlere	90—112 „
grobe	60—80 „

per Kilogramm je nach Qualität und Länge.

Gerberwolle:

feine Wolle	45—55 M.
halbfine Wolle	40—50 „
mittlere Wolle	30—36 „
grobe Wolle	20—27 „

per Pfund je nach Beschaffenheit.

Ein Textilarbeiterstreik in Indien. Ueber einen großen Kampf in der Baumwollindustrie in Ahmedabad, an dem zeitweilig über 40 000 Arbeiter und Arbeiterinnen beteiligt waren, berichtet das Internationale Arbeitsamt einige interessante Einzelheiten:

Die Fabrikarbeiter dieses Bezirks sind besser organisiert, als dies sonst in Indien der Fall ist. Ende 1920 zählten ihre Gewerkschaften 16 500 Mitglieder unter den beschäftigten 38 000 erwachsenen Arbeitern oder 43 v. H. Das Vermögen dieser Gewerkschaften belief sich auf 54 797 Rupien (zu je 2 Goldmark).

Der Streik war die Folge der Weigerung der Arbeitgeber, die verlangten Monatszulagen zu zahlen, und durch die allgemeine Forderung hervorgerufen worden. Die Arbeiter hatten als ihren Vertreter den bekannten indischen Führer Ghandi bestimmt, der nach Verständigung mit dem Vorsitzenden der Arbeitgebervereinigung, Mangaldas, die verschiedenen Streitfragen einem unparteiischen Schiedsgericht unterbreitete. Dieses entschied u. a. wie folgt:

Grundsätzlich sollten Fabriken, die infolge der treuen Mitarbeit ihrer Arbeiter gute Gewinne erzielen, diesen am Jahreschluss eine Zulage in der Höhe eines Monatslohnes gewähren. Bei besonders hohen Gewinnen könnten diese Zulagen noch größer sein. Für das laufende Jahr wird vorgeschlagen:

Wer weniger als 75 Rupien im Monat verdient, erhält einen Monatslohn und 15 Rupien, im Höchstfalle 75 Rupien, als einmalige Zulage. Für alle, welche monatlich 75 Rupien oder mehr verdienen, beträgt die Zulage 75 Rupien für das volle Arbeitsjahr, wobei Zeitverluste, die durch Krankheit oder Betriebsunfälle entstanden sind, nicht in Abzug gebracht werden dürfen. Für Weber, die vier Webstühle bedienen, gilt die im vorjährigen Abkommen vorgesehene Art der Berechnung. Für im Laufe des Jahres verorbene Arbeiter wird die entsprechende Zulage an die Hinterbliebenen vererbt. Neuerrichtete Fabriken sind von der Verpflichtung, diese Zulagen zu zahlen, entbunden.

Da der Streik während der Verhandlungen ausbrach, sollen die Arbeiter einen Teil der Zulage verlieren oder die Fabriken durch Ueberstunden für ihre nicht zu rechtfertigende Haltung entschädigen, und zwar sollen alle, die nicht länger als drei Tage streikten, 25 Ueberstunden arbeiten.

Die Herren Ghandi und Mangaldas sollten eine Arbeitsordnung entwerfen, um zu der nötigen Disziplin der Arbeiter und dadurch zur höheren Leistungsfähigkeit der Betriebe zu gelangen. Beide Herren sollten ferner eine Lösung der Frage der Arbeiterwohnstätten und der Getreideverkaufsstellen für die Arbeiter vorbereiten.

Alle anderen Forderungen der Arbeiter gelten als mindestens für ein Jahr zurückgezogen.

Auf allen Weltwollmärkten anziehende Preise. Wie das „Wollarchiv“, Berlin, weiter mitteilt, ziehen auf allen Wollmärkten die Preise bei steigenden Nachfragen an. In Bradford lagen sie durchschnittlich 10 Prozent über den Schlussraten der letzten Auktionsperiode; in Buenos Aires beläuft sich der tägliche Umsatz auf circa 1 Million Kilogramm bei steigenden Preisen; in Uruguay zeigen keine Erhöhungen ebenfalls um 10 Prozent an. Am meisten wurde von den Vereinigten Staaten, Deutschland und Frankreich gekauft. Ungefähr ein Drittel der Produktion ist bereits in die Hände des Exports übergegangen. Knapp 50 000 Ballen Wollen sind verkauft. Auch in Australien steht man wieder, wie Anfang November, auf der höchsten Basis des Jahres.

### Für die Betriebsräte.

#### Zum Kampf gegen die Betriebsräte.

Zu diesem Thema wird uns aus Forst i. L. gemeldet: Ueber den Weber Albert Noack, erster Vorsitzender des Arbeiter- und Betriebsrats bei der Firma M. Klingisch, ging bei dieser ein Schreiben ein, nach dem er sich Eingriffe in die Betriebsleitung, Drohungen und Anmaßungen gegen Meister habe zuschulden kommen lassen und ähnliches mehr.

Daraufhin fand am Montag, den 12. Dezember, eine Betriebsratsitzung mit der Firma, unter Hinzuziehung der Organisationsvertreter, statt. Bei der Verhandlung stellte sich nun heraus, daß die ganze Angelegenheit, womit sich jenes Schreiben befaßte, schon am Sonnabend mit Herrn Klingisch, dem Werkführer und dem Kollegen Noack besprochen und erledigt wurde. Herr Klingisch war sehr erlaut darüber, daß man eine derartige Aktion hier in Szene setze. Unverkennbar aber ist, daß der Protokollist, Herr Konrad, ein derart wichtiges Schreiben Herrn Klingisch nicht vorgelegt hat. Wäre das geschehen, hätte die Aktion am Montag nicht stattfinden brauchen, weil die ganze Angelegenheit am Sonnabend ja schon erledigt war.

Es soll hier nicht weiter untersucht werden, wer der Urheber jenes famosen Schreibens ist, das wird jeder Unbefangene selbst feststellen können. Jeder unbefangene Mensch hätte aber wohl

auch angenommen, daß nach Klarstellung der Sache Ruhe im Betriebe eintreten würde. Doch weit gefehlt! Denn in dem Schreiben heißt es im letzten Absatz, daß die Angestellten auch vor einem Streik nicht zurückweichen würden. Da die Herren Angestellten am Montag keinen Erfolg für sich buchen konnten, mußte ein anderer Weg ihrerseits eingeschlagen werden, um zum Ziel zu gelangen. Am Dienstag wurde nun der Kollege Noack fristlos entlassen.

Verhandlungen betreffs Wiedereinstellung waren erfolglos. Die gesamte Belegschaft trat daher in einen Sympathiestreik für den Kollegen Noack ein. Darauf gab die Firma bekannt, daß die gesamte Belegschaft entlassen sei.

Nun hatten die Angestellten ihr Ziel erreicht: der verhasste Arbeiterrat war erledigt. In Verhandlungen am Freitag, dem 16. 12., erklärte sich die Firma bereit, sämtliche Kollegen und Kolleginnen außer dem Kollegen Noack wieder einzustellen, aber unter der Bedingung, daß sie sich als Neueingestellte zu betrachten hätten, d. h., daß auch ein neuer Betriebsrat gewählt werden müßte. Dem konnte natürlich unsererseits nicht zugestimmt werden.

Nun sollte der Schlichtungsausschuß über die Wiedereinstellung des Kollegen Noack und der gesamten Belegschaft entscheiden. Nachdem beim Schlichtungsausschuß die ganze Angelegenheit aufgerollt worden war, stellte die Firma aus Anraten des Vorsitzenden den Antrag, die Frage der Entlassung des Kollegen Noack auszuschalten, da sie die Feststellungslage bei dem Gewerbegericht angängig machen würde. Betreffs der Wiedereinstellung der Belegschaft kam folgender Vergleich zustande: Sämtliche Kollegen und Kolleginnen werden wieder eingestellt mit sämtlichen Rechten aus dem alten Arbeitsverhältnis. Die Zeit der Arbeitseinstellung wird zur Hälfte von der Firma bezahlt, und zwar für die im Zeitlohn Beschäftigten der tarifliche Stundenlohn, für die Affordarbeiter Zeitlohn plus 15 Prozent Affordzuschlag.

Nun fragte der Vorsitzende, ob es nicht möglich sei, auch die Angelegenheit des Kollegen Noack durch einen Vergleich aus der Welt zu schaffen. Nachdem Herr Klingisch seine Bereitwilligkeit zu einem Vergleich dahingehend gegeben hatte, dem Kollegen Noack eine Entschädigung zu zahlen, wenn er auf Wiedereinstellung verzichte, zogen wir uns zurück. Nach reiflicher Ueberlegung wurden wir uns einig, einen Vergleich anzunehmen und baten jedoch um eine Bedenkzeit bis Sonnabend mittag 11 Uhr. Nachdem wir uns telefonisch mit dem Zentralvorstand in Verbindung gesetzt hatten, erhielt Kollege Noack unsererseits die Genehmigung, den Vergleich anzunehmen. Kollege Noack verzichtete auf Wiedereinstellung und erhielt als Entschädigung 8000,— Mark.

Wir hatten uns ausbedungen, daß dem Kollegen Noack betreffs Wiedereinstellung keine Schwierigkeiten seitens des Arbeitgeberverbandes gemacht werden, d. h., daß er nicht auf die sogenannte Schwarze Liste gesetzt würde. Die anwesenden Arbeitgeber und der Vertreter Herr Brielle erklärten mit Entrüstung, daß Schwarze Listen überhaupt nicht geführt würden und aus diesem Grunde nichts zu befürchten sei.

Die erste Stelle wird dem Kollegen Noack vom Arbeitsnachweis bei der Firma Friedrich G r u n g nachgewiesen. Als er die Stelle antreten will, bekommt er zur Antwort: „Leider darf ich Sie auf Anweisung vom Kontor nicht einstellen“. Zeugen sind vorhanden. Die zweite Stelle wird ihm nachgewiesen bei der Firma B o g i s h. Der Meister stellte ihn ein. Nach kurzer Zeit erscheint der Chef und teilt ihm mit, wenn die Reite abgewebt sei, müsse er wieder aufhören, was der Kollege inzwischen getan hat. Also: Schwarze Listen gibt es nicht. Maßregelungen finden nicht statt. Der reine Zufall. Hoffentlich gibt es nicht noch mehr der Zufälligkeiten, damit wir nicht gezwungen sind, uns an anderer Stelle damit zu beschäftigen.

### Bermischtes.

1922.

Das gegenwärtige 1922 te Jahr der Christlichen Zeitrechnung wird von Christi Geburt an gerechnet. Es ist ein Gemeinjahr von 365 Tagen oder 52 Wochen und 1 Tag und beginnt am Sonntag, den 1. Januar neuen Stils, welcher Tag dem 19. Dezember 1921 im alten Kalender entspricht.

Im alten Kalender beginnt das Jahr mit Sonnabend, den 1. Januar, entspreche dem 14. Januar im neuen Kalender. Der 31. Dezember 1922 alten Stils entspricht dann dem 13. Januar 1923 neuen Stils.

Die griechische Kirche zählt ihre Jahre seit Erschaffung der Welt nach der sogenannten byzantinischen Ära. Sie legt die Epoche der Welterschöpfung auf den 1. September des Jahres 5509 vor Christi Geburt und beginnt ihr 7430 stes Jahr mit dem 1. September alten oder 14. September neuen Stils unseres 1921 sten Jahres. Die Russen zählen ihre Jahre nach dieser Ära bis zu Peter dem Großen. Seit dem Anfange des achtzehnten Jahrhunderts bedienen sie sich unserer Jahreszahl, rechnen aber sonst noch nach dem alten (julianischen) Kalender.

Die Juden zählen ihre Jahre seit Erschaffung der Welt. Sie beginnen ihr 5682 ste Jahr mit dem 3. Oktober 1921. Es ist ein überzähliges Gemeinjahr von 355 Tagen. Am 23. September 1922 beginnt ihr 5683 stes Jahr, welches ein abgekürztes Gemeinjahr von 353 Tagen ist und mit dem 10. September 1923 endet.

Die Araber, Perser, Türken und die anderen Befekner des mohammedanischen Glaubens zählen ihre Jahre seit Noahs Auswanderung aus Mesopotamien nach Medina, welche von ihnen Hibschred genannt wird. Sie beginnen am 4. September 1921 ihr 1340 stes und am 24. August 1922 ihr 1341 stes Jahr, von denen ersteres ein Gemeinjahr von 354 Tagen, das letztere ein Schaltjahr von 355 Tagen ist.

### Berichte aus Fachkreisen.

Eusfirchen. Eine eigenartige Methode sucht jetzt die Betriebsgemeinschaft Ruhr-Lüderath hier zum Abschieben von ihnen anscheinend nicht mehr genug verdienenden Arbeitern vornehmen zu wollen. Die hiesigen Tuchfabriken mußten sich auf Ziviltuche umstellen. Das Umlernen für die ein Menschenalter Militärtuch gewest haben den Tuchweber fällt den letzteren sehr schwer. Auch die Firma Ruhr-Lüderath hat solche Tuchweberkaderanen, die beim Militärtuchweben für ihre Arbeitgeber ansehnliche Gewinne geschafft haben, die aber jetzt für die Ziviltuche vielleicht nicht mehr dieselben Gewinne bringen. Sitte und Moral verlangen gebietet, daß auch diese Arbeitskollegen bei uns bleiben und daß man auch sie weiter beschäftigt. Die obige Firma, dieser alten Arbeitskollegen überdrüssig, versucht nun durch Unterscheidenlassen von Reverten, daß sie, da sie nicht mehr geeignet sind, auf weitere Arbeit zu verzichten, ein Abschieben vorzunehmen, anstatt jene Kollegen dankend im Tagelohn zu beschäftigen. Wie jene Firma denkt heute noch immer mancher Arbeitgeber, der Mohr hat seine Schuldigkeit getan, nun kann er gehen“. Die Arbeitskollegen sehen, welcher Wind in Eusfirchen weht. Die Organisationen werden ja rechtzeitig auf dem Plane erscheinen, um solche triviale Handlungsweise zu unterbinden.

### Briefkasten.

Nach Meffersdorf. Wir unterhalten keinen Büchervertrieb, sondern verzeichnen nur die bei uns eingehenden Bücher oder deren Erscheinen uns angekündigt wird; die Bestellungen müssen bei dem angegebenen Verlag erfolgen. Sie scheinen auf den Arbeiter-Notiz-Kalender zu reflektieren, er ist von der Buchhandlung „Vorwärts“, Berlin SW 68, Lindenstr. 3, zu beziehen. Das andere Werk ist in englischer Sprache verfaßt und eine deutsche Uebersetzung existiert noch nicht. Wir hatten den Bericht einem anderen Blatte entnommen.

## Bekanntmachungen.

### Vorstand.

Sonntag, den 22. Januar, ist der 3. Wochenbeitrag fällig.

Geschäftsführer, Hilfsarbeiter u. Gausekretär gesucht!

Für die neu zu errichtenden Geschäftsstellen Wernshausen und Säckingen und für die Filialen Bremen, Müllersriedersdorf und München unseres Verbandes wird je ein Geschäftsführer, für Säckingen ein Hilfsarbeiter für den Innendienst, für den Gau Cassel ein Sekretär gesucht.

Mit dem Verbandsleben vertraute und für einen der Posten befähigte Kollegen und Kolleginnen (für den Gausekretärposten können sich auch Geschäftsführer unseres Verbandes ohne besondere Einwilligung des Hauptverbandes melden) wollen sich mit einem selbstverfaßten und (handschriftlich) selbstgeschriebenen Aufsatz über die Aufgaben eines Sekretärs, Geschäftsführers bzw. Hilfsarbeiters und mit schriftlichen, mit dem Kennwort „Bewerbung“ versehenen Bewerbungen bis zum 6. Februar d. J. wenden an den Vorstand des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes, Berlin D. 27, Magazinstr. 6/7.

Bedingung ist: Mindestens dreijährige Mitgliedschaft und während dieser volle Beitragsleistung, Angabe der Beitragsklasse sowie des parteipolitischen Organisationsstandes.

Zeugnisse u. dergl. wollen man uns in Umschrift beifügen.

Gehalt nach den Beschlüssen des Beirats vom 12., 13., 14. Dezember 1921.

Das erste Amtsjahr ist Probejahr, währenddessen beiderseitig vierwöchige Kündigung zulässig ist.

(Wegen der geringen Zahl der eingegangenen Bewerbungen wiederholt.)

Der Vorstand.

### Adressenänderungen.

Minden. V. Friedrich Eidelmann, Al. Domhof 7.

Gau Hannover. Stabe. Der Vorsitzende ist zu streichen. Alle Sendungen an den Kassierer M. Mehlig, Sniegelberg 4.

Gau Barmen. Bocholt V. Johann Reusen, Wallramstraße 740. — Eberfeld. V. Eduard Flaggmeyer, Schreinerstr. 18.

— Biesien. Der Kassierer ist zu streichen. Alle Sendungen an den Geschäftsführer R. Breßschneider, Schulstr. 6 L.

Gau Stuttgart. Sandhofen ist mit Ludwigshafen-Mannheim verflochten.

Gau Augsburg. Waldmünchen. V. Josef Bod. Nr. 286 1/2. — Weiskstadt. K. Adam Stöhr, Poststr. 357.

Gau Gera. Halle. V. Otto Müller, Körnerstr. 21. — Raumburg. Gehört jetzt zum Gau Rassel. — Ronneburg. V. Otto Daub, Geraltische Gasse 18.

Gau Dresden. Bangen. K. und Geschäftsführer A. Stedt, Schliebenstr. 4. — Klingenthal. V. und K. Paul Trommer, Brunnhöbra i. B. Auerbacher Str. 37 b. — Leipzig. Das Bureau befindet sich erst ab 23. Januar Zeiger Straße 32 II. Telefon Zentrale Volkshaus. — Richtenstein-Bogkau. Die Filiale heißt jetzt Richtenstein-Callenberg.

Gau Berlin. Malchow. V. Paul Wid. Mühlenstr. 192. — Wittstock. V. Otto Schröder, Rührer Vorstadt 22 b. K. Hermann Mikat, Glanzmauer 299.

### Zusammenkünfte

Mitglieder-Verfammlungen. Fürstentum (Spre). Dienstag, 31. Januar, abds. 7 Uhr, im Café Medlich (Gesellschaftshaus).

Berlin. Stickerl u. Zeichner. Mittwoch, 25. Januar, abds. 6 Uhr, bei Gurlch, Wallstr. 32. Hainichen. Sonnabend, 28. Januar.

### Totenliste.

Mans. Hermann Eggert, Hilfsarbeiter, 51 Jahre, Lungenerkrankung.

Murath. Willi Dedert, Benedeide.

Augsburg. Marie Almer, Textilarbeiterin, 34 Jahre. Karl Bed. Weber, 38 Jahre, Herz- u. Nierenwasserlucht. Regina Schuster, Spulerin, 38 Jahre, Herz- u. Nierenwasserlucht. Johann Beuchlen, Weber, 51 Jahre. Franz Peter, Weber, 20 Jahre, Lungenerkrankung.

Berlin. Rudolf Stranitz, Postamentier, 53 Jahre, Herzschwäche. Anton de Marcinstil, Zeichner, 61 Jahre, Schlaganfall. Emma Nag, Arbeiterin, 21 Jahre, Lungenerkrankung. Ernst Rebel, Arbeiter, 25 Jahre, Operation.

Eberfeld. August Ortmann, Textilarbeiter, 67 Jahre, Grippe. Ferdinand Reilig, Gärtner, 48 Jahre, Lungenerkrankung. Hermann Levertus, Weber, 70 Jahre. Wilhelm Winterberg, Gärtner, 52 Jahre, Herzschlag. Auguste Leppert, Weberin, 54 Jahre, Lungenerkrankung. Ida Fahrnen, Spulerin, 34 Jahre, Grippe.

Herrmann Dohmann, Weber, 53 Jahre, Lungenerkrankung. Minna Ohrensdorf, Spulerin, 19 Jahre, Grippe.

Finstertal. Hedwig Klar, Appreturarbeitlerin, 51 Jahre, Grippe.

Greiz. Walter Hessel, Weber, 24 Jahre, Grippe, Lungenerkrankung. Christian Friedrich, Weber, 72 Jahre, Lungenerkrankung. Lina Brumm, Weberin, Sachswitz, 29 Jahre.

Hainichen. Richard Langhof, Appreturarbeiter, 46 Jahre, Grippe. Selma Quosig, Weberin, 35 Jahre, Vergiftung.

Hamburg-Altona. Margaretha Gerken, Spinnerin, 26 Jahre, Lungenerkrankung.

Sudenwade. Bertha Bergmann, Wollfäherin, 64 Jahre, Blasenkatarrh. Marie Glase, Weberin, 61 Jahre, Grippe.

Martretzbich. Sophie Taubald, Wundföhrer, Lungenschwindsucht. Karl Rämpf, Eisenfels, Blinddarmerkrankung. Georg Ziegler, Brand, Geschwulstkrebs.

Meffersdorf. Adolf Kurz, Weber, 41 Jahre, Lungenerkrankung. Gustav Kurz, 75 Jahre, Grippe. (Sohn und Vater.)

Milan-Neßkhan. Fritz Albert, Wollföhrer, 29 Jahre, Unfall. Franz Loos, Färbereiarbeiter, 76 Jahre, Asthma. Robert Schneider, Weber, 60 Jahre, Lungenschlag.

Neudamm. Karl Schütz, Tuchmacher, 27 Jahre, Bruchoperationsfolgen.

Ohren. Emma Mager, Heimweberin, 48 Jahre, Lungenerkrankung. Martin Röppler, Heimweber, 33 Jahre, Tuberkulose.

Pouch. Auguste Stephan, Spulerin, 55 Jahre, Schlaganfall. Ronneburg. Marie Hartung, Spulerin, 74 Jahre, Altersschwäche.

Steinhude. Fritz Hanfing, 38 Jahre, Herzschlag.

Biesien. Frau Robert, Dillen, Spinnerin, 44 Jahre, Wundrose.

Verban i. Sa. Willy Richard Fugmann, Herzschlag. Gertrud Timmel, 18 Jahre, Lungenerkrankung. Hermann Ehardt, 67 Jahre, Schlaganfall. Hedwig verm. Schmidt, 23 Jahre, Wochenbett.

Wutzen. Otto Paul Wagner, Gehirnerkrankung. Zeulenroda. Berta Schättiler, 63 Jahre, Wasserlucht. Gertrud Fischer, 18 Jahre, Nierenentzündung.

Zirkowan. Friedrich Ernst Schuffenhauer, Grippe. Emil Schuberl, Krumhermersdorf, Asthma. Frieda verm. Nestler, Gomau.

Ehre ihrem Andenken!

## Geübte Handdrucker

finden dauernde Beschäftigung. Mechanische Weberei Zittau A.-G.

Redaktionschluss für die nächste Nummer Freitag, 20. Januar

Verlag: Karl Schöck in Berlin, Magazinstr. 6-7. — Verantwortlich für alle selbständigen Artikel Hugo Dressel in Berlin, für alles andere Paul Wagener in Berlin — Druck: Berliner Druckerel G. m. b. H., Berlin C 2, Breite Straße 8/9.